

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P XXI/190

Bad Godesberg, den 4. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zellen
1	<u>Eine neue große Anstrengung für Berlin</u> Von Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	5
10	<u>Verhängerte Parlamentarier</u> Große Anfragen ohne Antwort - Rasner und der Bundeskanzler	17
2 - 5	<u>Ähnlicher Wandel ?</u> Zum Verhältnis Bund - Länder und Gemeinden Von Werner Jucchi KfB	91
4	<u>"Freunde Einnischung"</u> Griechenlands Innenminister und die "ausländischen Mächte"	50
5 - 6	<u>Innenpolitische Kräfte des Gaullismus</u> Frankreichs politische Landschaft nach den letzten Wahlen Von Georg Scheuer, Paris	81

* * *

Eine neue große Anstrengung für Berlin

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nicht gegenseitige Vorwürfe oder gar selbstgerechte Kritik helfen jetzt weiter. Berlins wegen bedarf es einer neuen großen Anstrengung, um die politischen Energien zusammenzufassen und der Stadt eine stabile Führung zu sichern.

Die SPD, die sich auf große Aufbauleistungen und auf ein erst vor wenigen Monaten erneuertes Vertrauensvotum der Berliner Bevölkerung stützen kann, darf jetzt nicht den Eindruck der Unsicherheit oder der Zersplittertheit aufkommen lassen. Nach den langen Jahren der besonderen Belastung, wie sie sich aus der Lage dieser Stadt ergibt, kann es immer einmal Rückschläge geben. Aber ich bin sicher, daß eine Selbstbesinnung stattgefunden hat und die Berliner SPD für sachliche Zusammenarbeit und loyale Pflichterfüllung sorgen wird.

Das zweite, worauf es jetzt ankommt, ist eine faire Chance für den künftigen Regierenden Bürgermeister. Er muß rasch und ungehindert durch Gruppeninteressen an die Arbeit gehen können. Dazu gehört, daß er dem Abgeordnetenhaus vorschlägt, wie seine Mannschaft aussehen soll. Dazu gehört auch im Verhältnis zwischen Regierung und Opposition die Bereitschaft zu jener Zusammenarbeit, die im Interesse der Stadt geboten ist.

Drittens werden der Regierende Bürgermeister und seine Mannschaft vor der Sofortaufgabe stehen, ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, aus dem sich ergibt, was auf kurze Sicht im Interesse Berlins geschehen kann und soll. Dazu braucht die Welt nicht neu entdeckt zu werden. Man wird in weiten Bereichen an das anknüpfen können, was sich bewährt hat.

Der Hinweis auf ein solches Arbeitsprogramm bedeutet keine Unterbewertung der Diskussionsergebnisse, die kürzlich auf der Glienicker Tagung erzielt worden sind. Innerhalb dieses Rahmens geht es um die Konkretisierung, um die nächsten praktischen Aufgaben. Dazu haben der Vorstand und die Bundestagsfraktion der SPD ihre Mitarbeit angeboten.

Meine Gespräche in den letzten Tagen haben in mir die Überzeugung bestätigt, daß die Voraussetzungen für eine gedeihliche Arbeit gegeben sind. Niemand ist auf den Gedanken gekommen, mir eine "Einnischung" vorzuwerfen. Das wäre auch unsinnig gewesen, denn ich bin in Bonn Berliner geblieben. Außerdem geht Berlin alle an. Und die SPD ist nicht ein Bund von Sonderorganisationen, sondern eine politische Willensgemeinschaft.

Ich möchte auch an dieser Stelle wiederholen, was ich am vergangenen Freitag vor dem SPD-Präsidium ausgeführt habe: Wir respektieren nicht nur den Entschluß von Heinrich Albertz, der eine gewisse Automatik nach sich zog; wir fühlen uns ihm menschlich verbunden und wissen um seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen. Er wird sie in einem neuen Wirkungskreis zu nutzen wissen.

Es stimmt, daß ich als Bundesaußenminister nicht begeistert war, als sich herausstellte, daß Staatssekretär Klaus Schütz der Kandidat für das Amt des "Regierenden" sein würde. Er hat sich in der Leitung des Auswärtigen Amtes bewährt und ist nicht leicht zu ersetzen. Aber ich haben doch nicht mit der Erklärung gezögert, daß ich keine Schwierigkeiten machen würde, wenn die Berliner Schütz haben wollten. Er wird es gut machen. Aber er wird es nicht leicht haben. Wir werden alle mithelfen müssen, daß die Schwierigkeiten, die ja zu einem wesentlichen Teil objektiv begründet sind, überwunden werden. In dieser Pflicht fühle ich mich selbst auch. Und ich bekräftige dies genau zehn Jahre, nachdem ich selbst zum Regierenden Bürgermeister gewählt wurde.

Verärgerte Parlamentarier

Große Anfragen ohne Antwort - Rasner und der Bundeskanzler

A.L. - In allen Fraktionen des Bundestages gab es am Dienstag dieser Woche Mißstimmung darüber, daß mehrere vom Parlament schon seit langem erwartete Antworten auf Große Anfragen nicht gleich zu Beginn der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeit von der Regierung beantwortet werden. Auch die Frage, warum in dieser Woche keine Kabinettsitzung stattfindet, spielte bei den Erörterungen eine Rolle. Am einfachsten machte es sich der CDU-Fraktionsgeschäftsführer **R a s n e r**, der vor Journalisten erklärte, der Kanzler bedürfe noch dringend des Urlaubs.

Selbstverständlich hat diese Bemerkung des CDU-Fraktionsgeschäftsführers Überlegungen ausgelöst, denn die Vermutung zugrunde liegt, es stimme einiges nicht in der CDU-Führung. Ob diese Vermutungen berechtigt sind, unterliegt nicht unserer Beurteilung.

Tatsache ist, daß Bundeskanzler Kiesinger seinen gewiß verdienten Jahresurlaub, ähnlich wie andere führende Politiker in diesem Sommer, mehrfach unterbrechen mußte und auch in dieser Woche, am Donnerstag, an der Sitzung des Wirtschaftskabinetts teilnehmen wird. Unabhängig davon werden der Kanzler und der Vizekanzler jedoch überlegen müssen, wie sichergestellt werden kann, daß Kabinettsitzungen vermingerecht stattfinden.

Natürlich ist es bedauerlich und muß bei den Abgeordneten kritische Stimmen hervorrufen, wenn wichtige Große Anfragen von den einzelnen Ministerien nicht zu einem möglichst frühen Termin im Parlament beantwortet werden. Nur sollte man wissen, daß einige dieser noch nicht beantworteten Anfragen im Zusammenhang mit Problemen gesehen werden müssen, die mittel- und längerfristig in das Gesamtkonzept der Regierungspolitik einzubauen sind. Dazu gehört auch die Debatte über die Verteidigungspolitik, die infolge der Krankheit des Verteidigungsministers aufgrund einer interfraktionellen Vereinbarung zunächst verschoben werden mußte. Die Probleme der sektoralen und regionalen Strukturpolitik sowie die der Wissenschaftspolitik müssen im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung gesehen werden und bedürfen außerdem noch einer Abstimmung mit den Länderregierungen.

Besser wäre es gewesen, man hätte den ursprünglichen Terminplan zur Beantwortung aller dieser Fragen einhalten können. Da jedoch eine Reihe von Umständen eingetreten war - dazu gehört u.a. auch die schnell erfolgte Beantwortung des Stoph-Briefes -, müssen verschiedene vom Bundestag mit Recht erwartete Auskünfte seitens der Bundesregierung erneuten Überprüfungen unterzogen werden. Der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner war gewiß nicht in Form, als er alles dies mit der lapidaren Bemerkung abtat, daß "der Kanzler noch dringend des Urlaubs bedarf".

Allmählicher Wandel ?

Zum Verhältnis Bund, Länder und Gemeinden

Von Werner Jacobi, MdB

Talfahrt am Ende. Auftragslage verbessert. Konjunkturbelebung in Sicht. Solche und ähnliche Schlagzeilen belebten im letzten Augustdrittel viele Gemüter. Sie wurden durch eine Umfrage ausgelöst, die von der Deutschen Presseagentur an führende Vertreter aus Politik und Wirtschaft gerichtet worden war.

In der Tat lauteten die Antworten der meisten Befragten ermutigend. Bundesverband der Deutschen Industrie, DGB, Bundeswirtschaftsministerium, Industrie- und Handelstag, sie alle beurteilten die künftige Entwicklung der Konjunktur grundsätzlich optimistisch. Einheitlich bejahten sie die Zweckmäßigkeit des neuen Programmes der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen, den zweiten Investitionshaushalt, als wesentliches Element zur Sicherung des Aufschwungs. Angesichts der Zweifel und Bedenken, ja mancher höhnischen Kommentare, die der ersten Aktion dieser Art entgegengebracht worden waren, ist dies allein schon ein Fortschritt.

Das Programm ist umfangreich. Es besteht aus fünf Teilen. Der für die Gemeinden entscheidende Bereich ist die vorgesehene Finanzierungshilfe des Bundes in Höhe von 500 Millionen DM. Sie soll der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur dienen. Dabei ist in erster Linie an die Investitionsmaßnahmen der kommunalen Unternehmen und an Investitionen der Gemeinden auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung, für den Bau von Schulen und Krankenhäusern, den Ausbau des Nah- und Schnellverkehrs und die Erschließung von Industriegelände gedacht.

Schon diese bunte, sichtbar unorganische Aufzählung läßt erkennen, daß die Realisierung der vielen denkbaren Projekte ihre Zeit gebraucht, in der sich manche ersten Hoffnungen verflüchtigen werden. Das gilt vermutlich für viele mögliche Antragsteller und ihre in Aussicht genommenen Pläne. Auf den ersten Blick zeigt sich zudem die bremsende Wirkung der Tatsache, daß nicht Zuschüsse, sondern lediglich verbilligte Darlehen gewährt werden. So haben denn auch die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände im Konjunkturrat, such wenn sie sich einer Zustimmung zu dem Programm nicht entziehen konnten und wollten, deutlich darauf hingewiesen, wie schwer vielen Gemeinden die Mitwirkung fallen dürfte. Ist schon die Bundeshilfe keine kostenlose, so muß ja auch an den aufzubringenden Eigenanteil gedacht werden. Für manche Städte wird die finanzielle Sicherstellung zusätzlicher Investitionsprojekte vermutlich nur durch Vorgriffe auf den Haushalt 1968 möglich sein.

Am wenigsten Schwierigkeiten dürften sich von der Sache her bei der Inanspruchnahme der Kredite durch die kommunalen Wirtschaftsunternehmen ergeben. Anders als bei Schul- und Verkehrsbauten sind ihre Bauinvestitionen zuschußgewohnt. Die durch Bundesrat und Bundestag noch vorzunehmenden gesetzlichen Regelungen - so vor allem die

Anpassung des ERP-Gesetzes an die neuen Erfordernisse - lassen wohl auch keine besonderen Schwierigkeiten erwarten.

Nörglern und Besserwissern bleibt sicherlich im einzelnen ein breiter Raum für kritische Randbemerkungen. Den Kern der Maßnahmen können sie nicht treffen. Selbst bei dem unerlässlichen Verwaltungsaufwand, den die Förderungspläne mit sich bringen, haben Bund, Länder, Städte und Kreise im ersten Anlauf ein beachtliches Beispiel schnellen und kooperativen Zusammenwirkens erbracht. Trotz der kurzen Anmeldefristen scheint zügig gearbeitet worden zu sein. Wenn die Abwicklung der Anträge und die Inangasetzung der zusätzlichen Investitionsvorhaben ebenfalls ohne allzu langes Zögern erfolgt, kann die notwendige und erhoffte belebende Wirkung auf das Wirtschaftsgeschehen nicht ausbleiben.

Das Ganze bleibt - wie könnte es anders sein - ein Experiment, dem nicht nur hinsichtlich der Beeinflussbarkeit wirtschaftlicher Abläufe durch die öffentliche Hand beispielhafte Bedeutung zukommt. Trotz des Sondercharakters der Maßnahmen können sich aus ihrer Durchführung Lehren für die Zukunft ergeben. Wir denken hierbei an die Finanzreform und in Verbindung mit ihr nicht zuletzt auch an eine klare, der Verfassungswirklichkeit Rechnung tragende Abgrenzung der Gemeinschaftsaufgaben. Nicht auf die gestern verbrieften Kompetenzen von heute, sondern auf die modernen Bedürfnisse angelegte gemeinschaftliche Planung und Finanzierung für morgen kommt es an.

Bund und Länder haben hier noch mancherlei miteinander auszuhandeln, bei dem es nicht nur um die finanzielle Seite geht. Ebenso wie es Bundesinstanzen gibt, Kompetenzen auszuweiten, gibt es solche der Länder, keine "souveränen" Zuständigkeiten einbüßen zu erleiden. Der Streit um den Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes ist in dieser Hinsicht ein lehrreiches Beispiel. Er hat die Einschränkung der Entwicklung und Erneuerung von Städten und Dörfern zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet in den Katalog der zu fördernden Gemeinschaftsaufgaben sehr erschwert und niemandem genutzt.

Gerade das buntscheckige und viel zu weit gestreute Modernisierungsprogramm des zweiten Investitionsrahmens zeigt, wie notwendig es ist, klare Kompetenzen und Zuständigkeiten auf Dauer zu schaffen. Verfassung und Verfassungswirklichkeit erscheinen an ein neues Kapitel bereichert. Bund und Länder sollten in nüchterner Abwägung der gemeinsamen Interessen aus den Beobachtungen und Erfahrungen, die uns in letzter Zeit in so reichlichem Maße zuteil geworden sind, lernen, daß nichts notwendiger ist, als über Behelfslösungen hinauszukommen.

Das gilt nicht zuletzt für das weite Gebiet eines kooperativen und dauerhaften Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Gemeinden. Wenn nicht alles täuscht, kündigt sich hier ein allmählicher Wandel an. Möge ihn ein wenig von dem Elan, Mut und Verantwortungsbewusstsein zur Seite stehen, die das neue Konjunkturprogramm des Bundes so sichtbar auszeichnen.

"Fremde Einmischung"

Griechenlands Innenminister und die "ausländischen Mächte"

xx - Der Brigadegeneral P a t t a k o s , zur Zeit griechischer Innenminister, hat sich dieser Tage die Einmischung ausländischer Mächte in griechische Angelegenheiten verboten. Natürlich meint Herr Pattakos damit die öffentlich zum Ausdruck gebrachte Abscheu mehrerer Verbündeter Griechenlands gegenüber der Militärjunta.

Der Brigadegeneral scheint allerdings nicht zu wissen, welche Anweisungen der griechische Außenminister den griechischen Botschaftern in den mit Griechenland verbündeten Staaten gegeben hat. In einem Schreiben des griechischen Außenministeriums vom 14. September 1967 heißt es, die Botschafter Griechenlands müßten es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, die Regierungen der verbündeten Staaten "ständig und mit größtem Nachdruck" darauf hinzuweisen, daß Griechenland ein Opfer des Weltkommunismus werden würde, wenn man der gegenwärtigen griechischen Regierung kein Vertrauen entgegenbringe.

Was die Militärjunta unter "Vertrauen entgegenbringen" versteht, sieht so aus: Es müsse darauf hingewiesen werden, - so heißt es in dem Schreiben an die Botschafter aus Athen - daß ein Ausbleiben oder gar die Sperrung von Krediten für Griechenland zum wirtschaftlichen Ruin "eines der treuesten Verbündeten der Freien Welt" führen würde. Das Ergebnis wäre eine Radikalisierung der Arbeiterschaft Griechenlands mit der Heraufbeschwörung der unmittelbaren Gefahr eines kommunistischen Putsches...

D i e s e Töne sind bekannt. Erst macht man einen Militärputsch, setzt die Verfassung außer Kraft, zerstört die Demokratie und bittet danach die Freie Welt um Geld.

Herrn Pattakos scheint es noch nicht aufgefallen zu sein, daß die Bitte seiner Regierung um Kredite gleichzeitig eine Bitte um "Einmischung ausländischer Mächte in griechische Angelegenheiten" ist. Aber soweit kommt man als Diktator, Terror und Lüge, auch das Lügen in die eigene Tasche, sind nun einmal die Begleiterscheinungen einer Diktatur.

Innenpolitische Ernte des Gaullismus

Frankreichs politische Landschaft nach den letzten Wahlen

Von Georg Scheuer, Paris

Rückgang des Gaullismus, Aufstieg der Linksparteien und Niedergang der Mittelparteien waren bereits die drei Merkmale der Parlamentswahlen im März 1967. Nun bestätigen und verstärken die Kantonalratswahlen in diesem Herbst in markanter Weise eine anscheinend unaufhaltsame Entwicklung:

Kommunisten	26 Prozent
Sozialdemokraten	22 Prozent
Andere Linksparteien	8 Prozent
Gaullisten	14 Prozent
Konservative	4 Prozent
Zentrum (CD)	8 Prozent
Rechtsunabhängige	10 Prozent
Diverse	8 Prozent

Das ist das erstaunliche Wahlergebnis der letzten September- und der ersten Oktoberwoche 1967. Es hat wenig Zweck, dieses Resultat der Kantonalratswahlen zu ignorieren oder mit der Bemerkung zu bagatellisieren, es handele sich um eine Einrichtung vergangener Zeiten mit starken Stimmenthaltungen. Tatsache ist, daß das gaullistische Regime es bisher nicht wagte, die kantonale Demokratie abzuschaffen. Es wählten immerhin 8,4 Millionen Franzosen, 57 Prozent der Wahlberechtigten. Die Stimmenthaltungen waren nicht größer als bei den letzten Kantonalratswahlen 1961 und 1964 und verteilten sich erfahrungsgemäß auf alle Parteien.

Wachsende Linksoption

Das Anwachsen der Linksoption und insbesondere der kommunistischen Stimmen entspricht einem allgemeinen Trend, den man schon seit den Stadt- und Gemeinderatswahlen 1959 fortlaufend feststellen kann. Auf der gleichen Linie liegt der Rückgang der gaullistischen Stimmen und die Unfähigkeit der Konservativen und des Zentrums (Lecanuet), das gaullistische Erbe anzutreten.

An der Spitze steht die kommunistische Partei mit 2,1 Millionen Stimmen (26 Prozent). Es folgt die Linksföderation (Sozialdemokraten) mit 1,7 Millionen (22 Prozent). Einige andere kleinere Linksparteien erhielten zusammen 8 Prozent, so daß die vereinigte Linksoption in den Kantonalratswahlen derzeit mit 56 Prozent die absolute Mehrheit hat.

Die Ergebnisse sind noch aufschlußreicher, wenn man sie mit den Wahlen der letzten Jahre vergleicht, wobei die Stimmenthaltungen schon 1961 und 1964 über 43 Prozent ausmachten. Die kommunistischen

Stimmen wuchsen in dieser Zeit von 19 Prozent (1961) und 22 Prozent (1964) auf 26 Prozent (1967). Diese markante Entwicklung gilt in noch stärkerem Maße für die Pariser Banneile, wo der kommunistische Stimmenanteil diesmal sogar die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen vom März 1967 übertrifft. Im neugegründeten Pariser Vorort-Departement Seine-Saint-Denis erhielt die KPF schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, in Lyon erhöhte sie ihre Stimmen um 13 Prozent im Vergleich zu 1961. Allerdings verliert sie etwas in Marseille und wird in Nordfrankreich von der Linksföderation überflügelt.

Niedergang der Gaullisten, der Mittel- und Rechtsparteien

Demgegenüber stehen die Gaullisten mit 1,2 Millionen Stimmen (14,5 Prozent) erst an dritter Stelle. Ihre Koalitionspartner, die "Unabhängigen Republikaner" (Giscard) auf 8 Prozent und die Rechtsunabhängigen auf 10 Prozent. Verschiedene lokale Gruppen teilen sich den Rest, während die Rechtsradikalen nicht einmal ein halbes Prozent erhielten.

Lecanquets Zentrum (CD) rutscht weiter ab, mit wenigen Ausnahmen. 8 Prozent für Frankreichs Christdemokraten ist ein Tiefenrekord. 1961 hatten sie in einem Wahlblock mit anderen Gruppen noch 20 Prozent und 1964 waren es noch 17 Prozent. Man ersieht daraus, daß Lecanuet trotz aller Anstrengungen nicht in der Lage ist, als Nachfolger des zerbröckelnden Gaullismus aufzutreten.

Das gleiche gilt auch für die Konservativen, die nur einen minimalen Stimmenanteil beanspruchen können. Auch die Rechtsradikalen haben derzeit keine Chancen, im Gegenteil, sie fallen von 3 Prozent (1961) über 1,2 Prozent (1964) auf 0,5 Prozent.

Schwerwiegende Folgen

Die fortlaufenden Wahlerfolge der KPF in der Gaullies 5. Republik haben einen zweifachen Grund. Einerseits wird die KP durch de Gaulles Außenpolitik begünstigt und rehabilitiert. Andererseits erhält sie durch eine rückständige Wirtschafts- und Sozialpolitik dauernd Zustrom von Unzufriedenen. - Hinzu kommt, daß die kommunistischen Gemeindeverwaltungen, insbesondere rund um Paris, tüchtige Arbeit leisten und die ihnen zur Verfügung stehenden staatlichen und städtischen Mittel im Dienst der Parteipropaganda gründlich nutzen.

An der Wiege dieser Entwicklung steht die gaullistische "Zweiparteientheorie", laut welcher es in Frankreich nur zwei lebensfähige Kräfte geben soll: Gaullisten und Kommunisten. Alle anderen Parteien, insbesondere die demokratische Mitte sollten zertrümmert werden. Mit einer Reihe von Wahlreformen und Tricks wurde dieser Plan begünstigt. Die Gaullisten hofften, auf diese Weise als "Rettungsanker" vor einer künstlich aufgeblähten kommunistischen Gefahr den Gewinn einzustreichen.

Nun laufen die Dinge etwas anders als vorgesehen. Es wird Sache der sozialdemokratischen Linksföderation sein, in Frankreich wieder ein demokratisches Gleichgewicht herzustellen.